

Niedersachsen als Ankunftsland für Flüchtlinge und Vertriebene der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs

Von Jochen Oltmer

1. Deutschland als Treiber der Gewaltmigration im Europa des Zweiten Weltkriegs

Flucht, Vertreibung und Deportation prägten den Zweiten Weltkrieg. In Europa kann die Zahl der Menschen, die 1939–1945 durch Gewalt zu einer Bewegung genötigt wurden, auf 50 bis 60 Millionen geschätzt werden. Das entsprach mehr als 10 % der Gesamtbevölkerung des Kontinents.¹ Das nationalsozialistische Deutschland war nur deshalb in der Lage gewesen, den Krieg beinahe sechs Jahre lang zu führen, weil es die Strategie eines Beutekriegs verfolgte. Die mit dem „Dritten Reich“ verbündeten Staaten sowie die seit 1938 erworbenen oder eroberten Gebiete sollten mit ihren Produktionskapazitäten, Rohstoffen und mit ihrer Bevölkerung der deutschen Rüstungs- bzw. Kriegswirtschaft dienen.

Im Lauf des Kriegs stieg die Bedeutung der geraubten Güter und Menschen für die deutsche Kriegswirtschaft immens an: Im Oktober 1944 wurden fast acht Millionen Zwangsarbeitskräfte aus anderen Staaten in Deutschland gezählt, davon knapp sechs Millionen Zivilpersonen und rund zwei Millionen Kriegsgefangene. Sie stammten aus 26 Ländern. Die UdSSR dominierte als Herkunftsland mit einem Anteil von einem Drittel (2,8 Millionen), 1,7 Millionen kamen aus Polen und 1,2 Millionen aus Frankreich, jeweils mehrere Hunderttausend aus Italien, den Niederlanden, Belgien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Insgesamt stellten die Zwangsarbeitskräfte im September 1944 etwa ein Drittel der Beschäftigten. Sie fanden sich in allen Wirtschaftszweigen über das ganze Reich verteilt, in der Stadt wie auf dem Land, in Handwerksbetrieben wie in Großkonzernen, auf kleinen Bauernhöfen wie in großen Gutsbetrieben.

Deutschland wurde mit einem System von über 20.000 Lagern für Zwangsarbeitskräfte überzogen. Entsprechend der rassistischen NS-Weltanschauung behandelten die Behörden sie je nach Nationalität ganz unterschiedlich. Jene aus verbündeten Ländern sowie aus den besetzten Gebieten im Westen waren in den Arbeits- und Lebensverhältnissen bessergestellt als jene aus dem Osten. Jene aus den besetzten Gebieten der UdSSR waren – neben den Häftlingen in der KZ-Rüstungsproduktion im Reichsgebiet – den schlechtesten Bedingungen unterworfen. Als ein im großen Maßstab auf Menschen aus anderen Ländern basierendes Zwangsarbeitssystem blieb der nationalsozialistische „Ausländer-Einsatz“ ohne Parallele.²

In den besetzten Gebieten Ost- und Ostmitteleuropas ging das Interesse der deutschen Eroberer über die wirtschaftliche Ausbeutung hinaus. Die Besatzungspolitik zielte auf die Etablierung einer streng nach rassistischen Kriterien ausgerichteten Ordnung, deren wesentliche Elemente Umsiedlungen sowie Vertreibungen und Deportationen ganzer Bevölkerungen zugunsten eines vorgeblichen deutschen „Volkes ohne Raum“ waren. Das betraf etwa neun Millionen Menschen. 1939–1944 wurde eine Million Menschen, die von den NS-Behörden als „Volksdeutsche“ kategorisiert worden waren, aus ihren Siedlungsgebieten in Süd-, Südost-, Ostmittel- und Osteuropa „Heim ins Reich“ geholt bzw. genötigt. Sie sollten vor allem in polnischen und tschechoslowakischen Gebieten, die von Deutschland annektiert worden waren, angesiedelt werden.³ Voraussetzung war die Deportation der ansässigen polnischen, tschechischen und jüdischen Bevölkerung, die 1939/40 in großem Maßstab eingeleitet wurde und in Massengewalt und Massenmord endete.⁴

2. Kriegsfolgewanderungen: Displaced Persons und Evakuierte

Ohne eine Berücksichtigung der durch die NS-Politik im Krieg hervorgerufenen Fluchtbewegungen, Vertreibungen und Deportationen lassen sich die Migrationen der Nachkriegszeit nicht verstehen. So stellten etwa die Überlebenden der NS-Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager das Gros der rund 11 bis 13 Millionen Displaced Persons (DPs) im Deutschland der Nachkriegsmonate. Die Kategorie der DPs schufen die alliierten Militärbehörden, um angesichts der Vielzahl von Menschen in Bewegung in den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegswochen jene identifizieren zu können, die als nach Deutschland Verschleppte einen Anspruch auf Versorgung und baldigen Rücktransport in ihre Herkunftsländer erhalten sollten. Der größte Teil von ihnen kehrte bald nach Kriegsende dorthin zurück. Über 700.000 wurde von westalliierten Seite die Möglichkeit offeriert, nach Übersee auszuwandern. Nur ein kleiner Teil der DPs blieb in Deutschland. Als die Westalliierten 1950 die Verantwortung für sie der Bundesregierung übergaben, dürften sich noch rund 150.000 von ihnen im Bundesgebiet aufgehalten haben. Ihren Status regelte das auf Druck der Westalliierten verabschiedete „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer“ vom 25. April 1951.⁵

Das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zu den DPs war in der unmittelbaren Nachkriegszeit von Abwehrhaltungen und Verachtung, aber auch Neid geprägt: Einerseits wirkte dabei die rassistische Rede des Nationalsozialismus von den „Untermenschen“ aus dem Osten weiter. Hinzu kamen verallgemeinerte und Schrecken verbreitende Nachrichten über gewalttätige Ausschreitungen und Plünderungen befreiter Zwangsarbeitskräfte.

Andererseits galten DPs als in der Obhut der Alliierten stehende Privilegierte, die der deutschen Polizeiherrschaft entzogen waren und zudem die Chance zur überseeischen Auswanderung hatten, die Deutschen anfangs, von wenigen Ausnahmen abgesehen, versagt blieb. Nur selten sah die deutsche Nachkriegsgesellschaft in den DPs mehr als ein Besatzungsproblem. Ihr Schicksal als Opfer der NS-Herrschaft wurde weithin verdrängt und verschwiegen.⁶

Neben den DPs gab es in den Besatzungszonen zahllose weitere Menschen, die der Krieg und seine Folgen in Bewegung gesetzt hatte. Dazu gehörten Millionen von deutschen Soldaten, die nach Monaten oder Jahren der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten. Während des Krieges waren außerdem rund zehn Millionen Menschen vor den alliierten Flächenbombardements auf deutsche Städte in ländliche Regionen geflohen oder evakuiert worden. Der „Gau Südhannover-Braunschweig“ hatte dabei zu den wichtigsten Aufnahmegebieten für Evakuierte aus den stark zerstörten industriellen Zentren des Reiches gehört. Angaben vom Januar 1945 zufolge war hier jeder fünfte Haushalt wegen der Aufnahme von Evakuierten doppelt belegt. Sie konnten oft erst nach Jahren ihre meist notdürftigen Quartiere verlassen und in ihre Herkunftsorte zurückkehren; noch 1947 gab es in den vier Zonen etwa vier Millionen Evakuierte.⁷ In der Bundesrepublik wurde die Gewährung von Rückkehrmöglichkeiten in die Städte vor allem als Aufgabe der Kommunen und Bundesländer sowie als ein Problem der Wohnraumversorgung behandelt. Eine hohe politische Priorität hatte sie nicht.

3. Flucht und Vertreibung

Als eine weitaus größere Herausforderung sowohl bei den Alliierten als auch in deutschen politischen Gremien und Dienststellen, die unter alliierter Kontrolle nach Kriegsende wieder eingerichtet wurden, galt in allen vier Besatzungszonen die Ankunft und Versorgung jener Menschen, für die sich in der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren der Doppelbegriff der „Flüchtlinge und Vertriebenen“ durchsetzte.⁸ Angenommen wird, dass aus den Provinzen des Reiches östlich von Oder und Neiße, die mit Kriegsende in polnischen und sowjetischen Besitz übergingen, sowie aus den außerhalb der Vorkriegsgrenzen gelegenen Siedlungsgebieten von Deutschen im östlichen Europa in den letzten Kriegsmonaten sowie nach Kriegsende rund 14 Millionen Menschen Richtung Westen flohen oder vertrieben wurden. Die Volkszählungen in der Bundesrepublik Deutschland und DDR im Jahr 1950 ermittelten rund 12,5 Millionen dieser Flüchtlinge und Vertriebenen; weitere 500.000 lebten in Österreich und anderen Ländern.⁹

Flüchtlinge und Vertriebene waren keine einheitliche Gruppe. Die unterschiedliche politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Situation in den Herkunftsgebieten führte ebenso zu einer ausgesprochen heterogenen Zusammensetzung, wie die sehr verschiedenen generationellen und geschlechtsspezifischen Erfahrungen von Flucht und Vertreibung. Für die Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe in den Ankunftsgebieten war nicht nur die Frage belangvoll, welche Besatzungszone, welche Region oder welchen Ort Flüchtlinge und Vertriebene erreichten, sondern auch, zu welchem Zeitpunkt sie geflohen waren bzw. vertrieben worden waren und wie sie mit welchen Folgen in den Herkunfts- und Zielgebieten administrativ kategorisiert wurden. Auch das legitimiert einen genaueren Blick auf Niedersachsen als eines der – neben Schleswig-Holstein und Bayern – „Hauptflüchtlingsländer“, wie es zeitgenössisch hieß.¹⁰

Von den genannten 12,5 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen kam mit rund sieben Millionen der größte Teil aus dem ehemaligen Reichsgebiet östlich von Oder und Neiße. Es folgten ca. drei Millionen aus der Tschechoslowakei, hinzu kamen 1,4 Millionen aus dem Polen der Vorkriegsgrenzen, 300.000 aus der bis 1939 unter der Verwaltung des Völkerbunds stehenden Freien Stadt Danzig, knapp 300.000 aus Jugoslawien, 200.000 aus Ungarn und 130.000 aus Rumänien. Mehrere Hunderttausend Menschen hatten Flucht und Vertreibung nicht überlebt. Ursachen waren verspätet einsetzende Evakuierungsmaßnahmen der NS-Behörden, katastrophale Fluchtbedingungen im Winter bei unzureichender Ausrüstung und Versorgung, Angriffe der sowjetischen Roten Armee auf die Flüchtlingstrecks, Plünderungen, Massenvergewaltigungen und Mord als Rachehandlungen an der Zivilbevölkerung. Die Großoffensive der Roten Armee im Januar 1945 zwischen Ostseeküste und Karpaten ließ die deutsche Ostfront rasch zusammenbrechen. Der Vormarsch war begleitet von der Flucht von mehr als der Hälfte der etwa zwölf Millionen Menschen zählenden deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen des Reichs. Im April 1945 hielten sich in den nun vollständig eroberten Ostprovinzen noch über vier Millionen Deutsche auf. Den Sommer 1945 kennzeichneten brutale „wilde“ Vertreibungen von bis zu 300.000 Deutschen entlang der neuen polnischen Westgrenze an Oder und Neiße und von bis zu 800.000 aus der Tschechoslowakei. Es waren keine politischen Alleingänge der jeweiligen Regierungen, vielmehr hatten die alliierten Großmächte auf den Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta Anfang 1945 längst den Transfer aus dem Osten beschlossen: So sollten Minderheitenkonflikte und die politische Instrumentalisierung deutscher Minderheiten durch Deutschland wie in der Zwischenkriegszeit künftig ausgeschlossen bleiben.

Auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) legten die Siegermächte endgültig das Ziel einer „ordnungsgemäßen und humanen Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ fest. Massentransporte unter katastrophalen Versorgungsbedingungen, brutaler Bewachung und ständigen Plünderungen aber führten zu zahlreichen Todesopfern. Die Vertreibungen brachten 1946 weitere zwei Millionen und 1947 eine halbe Million Menschen aus den ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße in die vier Besatzungszonen Restdeutschlands. Hinzu kamen 1946 rund 1,2 Millionen Menschen aus der Tschechoslowakei und 170.000 aus Ungarn.

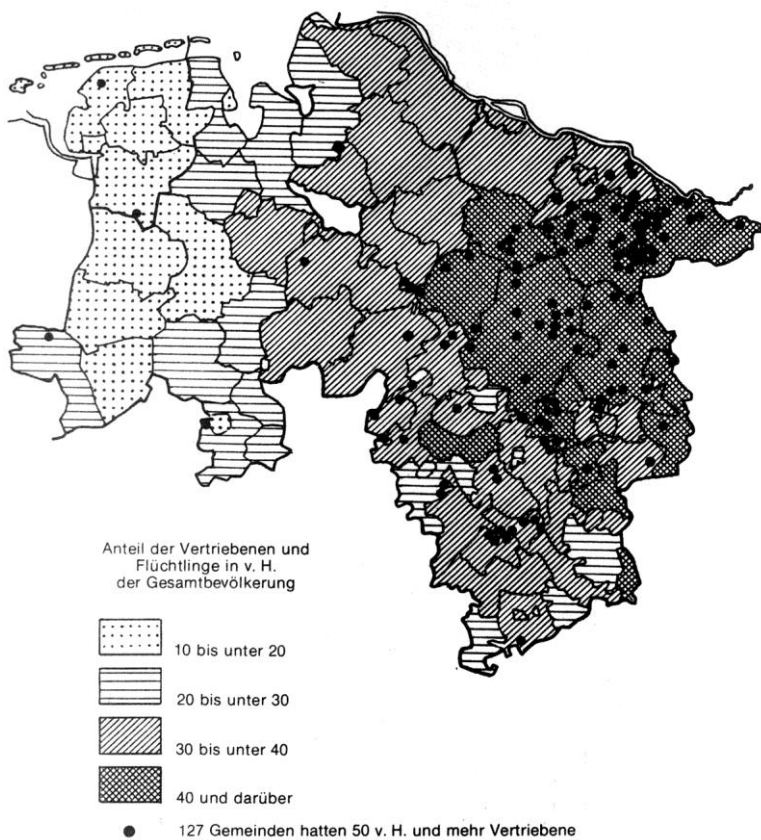


Abb. 1:

Herkunftsgebiete der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen
aus: Walter Bradatsch/Hansgeorg Loebel, Neue Heimat in Niedersachsen, Alfeld 1979, S. 52.

In Niedersachsen kam laut der Volkszählung von 1950 der überwiegende Teil der 1,82 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen mit einem Drittel aus Schlesien. Es folgten Ostpreußen und Danzig mit einem Fünftel sowie Ostpommern und Ostbrandenburg mit einem Siebtel. Damit stammten in Niedersachsen fast drei Viertel dieser Zugewanderten aus den ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße. Die Zahl der Menschen aus deutschen Siedlungsgebieten jenseits der deutschen Staatsgrenzen vor Beginn der NS-

Expansion blieb folglich geringer: Das galt für die UdSSR und Polen (8,5 %), das Baltikum und das Memelgebiet (1,7 %) sowie Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Österreich und die Tschechoslowakei (zusammen 5,5 %).¹¹

4. Ankunft

In allen vier Besatzungszonen verteilten sich die Zugewanderten sehr ungleichmäßig. Ländlich geprägte Gebiete mussten weitaus mehr Menschen aufnehmen als die vor allem durch Luftangriffe häufig schwer zerstörten städtisch-industriellen Ballungsräume. Auf dem Land waren aus Sicht der zuständigen Stellen die Wohnsituation und die Versorgung mit Lebensmitteln besser. Freier Wohnraum allerdings stand auch hier kaum zur Verfügung, weil bereits die Evakuierten des Bombenkriegs auf dem Land Schutz gesucht hatten. Der Osten Deutschlands verzeichnete einen höheren Anteil von Zugewanderten als der Westen, und innerhalb der drei westlichen Besatzungszonen waren wiederum die östlichen Gebiete stärker betroffen als die westlichen. Ende 1947 lag der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung in der sowjetischen Zone bei 24,3 %. Die US-Zone erreichte mit 17,7 % ebenso wenig diesen Wert wie die britische Zone mit 14,5 %. In der französischen Zone lag er wegen der anfänglichen Weigerung der Besatzungsbehörden, Flüchtlinge und Vertriebene aufzunehmen, bei nur rund einem Prozent.

Im Oktober 1946 wurden in Niedersachsen 1,48 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene gezählt, die 22,9 % der Bevölkerung stellten. Die Zahl nahm bis zur Volkszählung 1950 weiter zu und erreichte 1,82 Millionen (27,2 %). Innerhalb Niedersachsens ergaben sich klare Ungleichgewichte mit einem deutlichen Ost-West-Gefälle: Grenznahe Regierungsbezirke im Osten nahmen wesentlich mehr Flüchtlinge und Vertriebene auf als die mittleren und westlichen. Einheimische stellten 1946 in den Regierungsbezirken Aurich und Osnabrück drei Viertel, in den Bezirken Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Oldenburg und Stade zwei Drittel, im Regierungsbezirk Lüneburg aber nur noch die Hälfte der Bevölkerung.¹² Dabei gilt für Niedersachsen insgesamt, dass beinahe die Hälfte aller Zugewanderten in Gemeinden mit unter 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern unterkam.¹³



Abb. 2: Regionale Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen 1953
aus: Bradatsch/Loebel, Neue Heimat in Niedersachsen, Alfeld 1979, S. 53.

Vornehmlich die Flüchtlingszuwanderung führte dazu, dass die niedersächsische Bevölkerung trotz der Kriegsverluste um ca. 50 % anwuchs – von 4,5 Millionen 1939 auf 6,8 Millionen 1950.

	Wohnbevölkerung am		Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) in %	Flüchtlinge u. Vertriebene	in % der Wohn- bevölkerung
	17.5.1939	13.9.1950			
Niedersachsen	4.539.700	6.797.400	+49,7	1.851.472	27,2
Bundesgebiet	39.337.500	47.695.700	+21,2	7.876.211	16,5

Tabelle 1: Wohnbevölkerung sowie Flüchtlinge und Vertriebene im Bundesgebiet und im Raum Niedersachsen 1939 und 1950

Quelle: Siegfried Bethlehem, Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung. Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1982, S. 36.

Vielen Zeitgenossen schienen die Herausforderungen der Zuwanderung in einem kriegszerstörten Nachkriegsdeutschland kaum lösbar. Immerhin waren am Ende des Krieges mehr als vier Millionen Wohnungen ganz oder teilweise zerstört, das entsprach mehr als einem Fünftel des Vorkriegsbestandes; in Niedersachsen lag der Anteil der nicht mehr nutzbaren Wohnungen bei 12,5 %.¹⁴ Konflikte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen resultierten zunächst meist aus der Unterkunftsfrage: Gab es keine freiwillige Abgabe von Wohnraum, reagierten deutsche und alliierte Dienststellen immer öfter mit Zwangseinweisungen. Nicht selten wurden Abstellkammern, Ställe oder andere Funktionsräume mit spartanischer Ausstattung provisorisch als „Notwohnungen“ hergerichtet. Auseinandersetzungen wegen der damit einhergehenden unvermeidbaren Überschneidung von Lebenssphären von Einheimischen und Zugewanderten gab es allenthalben, ob es um die gemeinsame Nutzung der Küche ging oder um die Bereitstellung von Hausrat.¹⁵ Vor allem mit dem Eintreffen der Transporte 1946 wurde es immer schwieriger, die Zugewanderten in privaten Haushalten unterzubringen. Überall entstanden deshalb, neben den bereits bestehenden Erstaufnahme-, Durchgangs- und Quarantänelagern, nun auch Wohnlager für die längerfristige Unterbringung. Nicht selten handelte es sich um ehemalige Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeitskräftelager, Kasernen, Fabrikgebäude, Bunker oder sogar Konzentrationslager. Auch acht Jahre nach Kriegsende lebten in der Bundesrepublik noch 508.000 Flüchtlinge und Vertriebene in insgesamt 2.600 Wohnlagern. Allein 1.600 Lager verzeichnete Niedersachsen, die eine Bevölkerung von 140.000 Menschen umfassten. Noch 1958 zählte die Bevölkerung der 907 verbliebenen Lager in Niedersachsen 75.000.¹⁶

5. Chancen der Teilhabe

1950 hatte in Westdeutschland gerade einmal ein Viertel der 2,6 Millionen Haushalte von Flüchtlingen und Vertriebenen eine eigene abgeschlossene Wohnung. Einheimische Haushalte erreichten einen Wert von zwei Dritteln. In Niedersachsen stellten Flüchtlingsfamilien nur 10 % aller „Hauptmieter einer Normalwohnung“, aber 53 % aller Untermieter bzw. aller Mieter von Notwohnungen. Während 1939 die durchschnittliche Belegung einer Wohnung bei 3,8 Personen lag, war sie bis 1950 auf 6 Personen gestiegen. Der massive Wohnungsbau seit Anfang der 1950er Jahre verbesserte dann recht rasch die Möglichkeiten wohnräumlicher Teilhabe: 1953 war die Belegungszahl der Wohnungen in Niedersachsen auf 5,3 Personen gesunken.¹⁷ Bis 1956 stieg der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen mit abgeschlossenen Wohnungen in der Bundesrepublik im Vergleich zu 1950 auf das Dreifache, und Anfang der 1960er Jahre galten dann die Wohnverhältnisse von

einheimischer und zugewanderter Bevölkerung als weithin angeglichen. Allerdings wurden die letzten Wohnlager erst Anfang der 1970er Jahre aufgelöst.

Neben der Unterkunftsfrage bildete die Versorgung mit Lebensmitteln eine der großen Herausforderungen. Wie sehr diese die Gesundheit der Bevölkerung gefährdete, zeigt eine Untersuchung des Gesundheitsamtes in Göttingen: Im Juni 1947 waren hier 1.800 zufällig vorbeigekommene Passantinnen und Passanten gewogen worden. Nur 203 hatten ihr Normalgewicht. Bei 322 galt das Untergewicht als akut gesundheitsgefährdend. 412 Menschen waren bis auf die Knochen abgemagert.¹⁸ In erster Linie handelte es sich um Flüchtlinge und Vertriebene. Die niedersächsischen Gesundheitsämter untersuchten zwischen September 1946 und August 1947 532.706 Flüchtlinge und Vertriebene ärztlich, von denen 9 % unter schweren Ernährungsschäden litten, 8 % unter Rachitis, 4 % unter Krätze, 2,5 % unter Typhus und 2,4 % unter Tuberkulose. Zugleich offenbarten sich wesentliche Mängel in der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs: 21 % aller Untersuchten besaßen keine Oberbekleidung, 27 % keine Schuhe und 25 % keine Wäsche. 20.000 Personen hatten keine Heizung und ca. 78.000 kein Bett.¹⁹

Mit der vorrangigen Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen auf dem Land verbanden sich erhebliche Probleme bei der Aufnahme beruflicher Tätigkeiten. Bis zur Währungsreform 1948 arbeiteten viele für Kost und Logis als Hilfskräfte in der Landwirtschaft. Die Währungsreform offenbarte die verdeckte Erwerbslosigkeit. Die Zahl der Erwerbslosen wuchs bis Anfang 1950 auf fast zwei Millionen und lag unter den Zugewanderten dreimal so hoch wie unter den Einheimischen. Im September 1948 stellten Flüchtlinge und Vertriebene 61 % aller Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe in Niedersachsen.²⁰ Noch im September 1953 waren hier 40 % aller Erwerbslosen Flüchtlinge und Vertriebene.²¹ Umfangreiche Weiterwanderungen zu Arbeitsplätzen in städtisch-industriellen Räumen vor allem nach dem Beginn der Hochkonjunktur Anfang der 1950er Jahre waren die Folge: Abwanderungsgebiete bildeten die „Hauptflüchtlingsländer“ Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, Zuwanderungsgewinne verbuchten vornehmlich Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Zwischen 1949 und dem Ende der 1950er Jahre wurden auf der Basis von fünf Umsiedlungsprogrammen des Bundes rund eine Million Flüchtlinge und Vertriebene in andere Bundesländer umverteilt, weitere 1,7 Millionen siedelten ohne staatliche Unterstützung um. Hinzu kamen millionenfache Umzüge innerhalb der Bundesländer, die zumeist wirtschaftlich motiviert waren oder der Familienzusammenführung dienten. Solche Bewegungen gab es auch innerhalb Niedersachsens: Die stärker industrialisierten Gebiete der

Regierungsbezirke Lüneburg, Hannover, Hildesheim und Braunschweig nahmen Flüchtlinge und Vertriebene aus den ländlich-landwirtschaftlich geprägten Zonen der Regierungsbezirke Aurich, Oldenburg und Osnabrück auf. 1950 hatte der Bevölkerungsanteil der Flüchtlinge und Vertriebenen im Regierungsbezirk Lüneburg doppelt so hoch gelegen wie im Regierungsbezirk Aurich, 1961 erreichte er dann beinahe das Dreifache.²² Die Wanderungen änderten jedoch nichts daran, dass Niedersachsen weiterhin eines der „Hauptflüchtlingsländer“ in Westdeutschland blieb: Auch Mitte der 1950er Jahre lebten noch rund 20 % aller Flüchtlinge und Vertriebenen in diesem Bundesland.

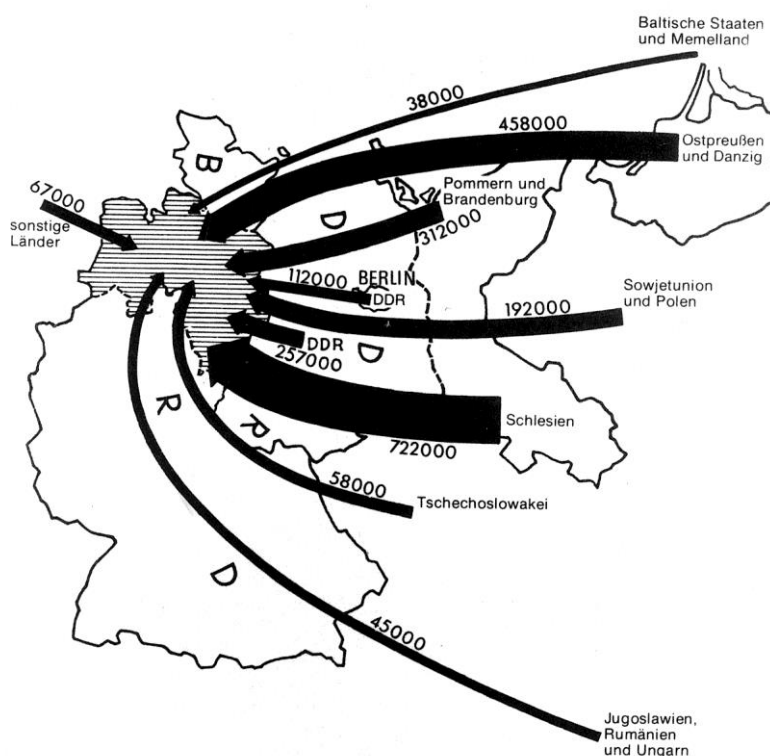


Abb. 3: Aus

Niedersachsen in andere Bundesländer umgesiedelte Flüchtlinge und Vertriebene 1949–1953

aus: Bradatsch/Loebel, Neue Heimat in Niedersachsen, Alfeld 1979, S. 56.

Obgleich die Flüchtlinge und Vertriebenen häufig über Qualifikationen verfügten, prägte sich ein für viele Migrationen typische Unterschichtungsphänomen aus: Flüchtlinge und Vertriebene übernahmen hauptsächlich statusniedrige berufliche Positionen und verfügten dementsprechend auch lange über geringere Einkünfte. Im Oktober 1948 waren unter den Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen 58 % der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie 40 % der Angestellten berufsfremd beschäftigt.²³ Aufstiegsmöglichkeiten gab es für viele von

ihnen erst ab den 1960er Jahren oder in der nächsten Generation. Auch Anfang der 1970er Jahre erwies sich der durch die Gewaltmigration eingetretene gesellschaftliche Positionsverlust weiterhin als nicht vollständig kompensiert.²⁴ So traten Heiratsverbindungen zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen auf der einen und Einheimischen auf der anderen Seite zunächst relativ selten auf. Erst in der zweiten Generation, also bei den Kindern, änderte sich dies.

6. Flucht und Vertreibung erinnern

Etwa 1.500 Denkmäler erinnern in der Bundesrepublik an Flucht und Vertreibung. Allein diese hohe Zahl an Gedenkorten, die über die Jahrzehnte seit Anfang der 1950er Jahre entstanden sind, weist auf die Präsenz des Themas hin. Daneben dokumentieren zahllose Gedenkveranstaltungen, Debatten im Bundestag, Sonderbriefmarken, Romane, Ausstellungen, Filme oder Fernsehdokumentationen die stete und intensive öffentliche Erinnerung an Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik.²⁵ Der Inhalt dessen, woran erinnert wurde, änderte sich allerdings. Öffentliche Erinnerung ist kein Selbstzweck, erfüllt vielmehr spezifische Funktionen. Sie verweist auf politische Interessen, bildet immer eine innen- und außenpolitische Machtfrage. Erinnern und Verschweigen sind aktive Prozesse, die von unterschiedlichen Akteuren vorangetrieben und im Konflikt oder im Konsens ausgehandelt werden.

Flucht und Vertreibung sowie der damit eng verbundene „deutsche Osten“ als „Vertreibungsgebiet“ wurden in der Bundesrepublik anfänglich auf der politischen Bühne auch deshalb thematisiert, weil sich damit die Forderung nach einer Revision der Ostgrenzen aufrechterhalten ließ. Außerdem lagen die „Vertreibungsgebiete“ im „Ostblock“ und damit auf den Territorien der von der Sowjetunion angeführten Feinde im „Kalten Krieg“. Damit bildete die Erinnerung an Flucht und Vertreibung auch ein Element des prägenden, im Alltag stets präsenten Antikommunismus. Darüber hinaus verfolgte die Erinnerungspolitik das Ziel, Spannungen und Konflikte um die Teilhabe der Flüchtlinge und Vertriebenen zu minimieren indem sie die Zugehörigkeit der Zugewanderten zur deutschen Nation hervorhob.²⁶ In den öffentlichen Debatten der 1950er und 1960er Jahre begannen Flucht und Vertreibung mit dem Vormarsch der Roten Armee über die Reichsgrenzen. Die deutschen Eroberungszüge seit 1939 blieben demgegenüber meist unerwähnt. Wurden Deutsche mit deutschen Massenmorden konfrontiert, sollte der Hinweis auf „Vertreibungsverbrechen“ relativieren. Im Kontext der politischen Instrumentalisierung der Flüchtlinge und Vertriebenen als Objekte für politische Forderungen blieb wenig Raum für deren persönliche Erfahrungen: Erst seit den

1980er Jahren haben sich mancherlei Initiativen entwickelt, die die biografische Dimension ernst nahmen und damit das Handeln von Individuen, die ihr Leben gestalteten, Flucht und Vertreibung erinnerten, verarbeiteten und mitteilten. Kaum jemals in den Fokus der Erinnerungspolitik geriet auch, dass die Bevölkerung im Westen den Flüchtlingen und Vertriebenen anfangs nur selten solidarisch und hilfsbereit begegnete, weshalb Ausgrenzung für die Zugewanderten zum Alltag gehörte. Damit blieb die öffentliche Erinnerung selektiv: Das, woran erinnert wurde, hatte durch das Verschweigen der Bezüge zum Weltkrieg keine Vorgeschichte und durch das Verschweigen der Probleme des Ankommens und Bleibens keine Folgen. Sie hatte nicht einmal Menschen zum Gegenstand, sondern nur Opfer. Erinnerungspolitische Veränderungen setzten in den frühen 1970er Jahren ein. Das Bemühen um eine Verständigung mit den Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas im Rahmen der „Neuen Ostpolitik“ ließ keinen Raum für das regierungsamtliche Herausstellen von „Vertreibungsverbrechen“ und das Beharren auf einer Revision der deutschen Grenzen im Osten. Solche Themen wurden aber nicht grundsätzlich tabuisiert, andere erinnerungspolitische Akteure bezogen sich weiter auf sie, darunter vor allem die Interessenverbände von Flüchtlingen und Vertriebenen. Zugleich begann mit der zunehmenden geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur, dem Zweiten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit eine intensive Einordnung der Geschehnisse von Flucht und Vertreibung in die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Anmerkungen:

- 1 Eugene M. Kulischer, *Europe on the Move. War and Population Changes, 1917–47*, New York 1948, S. 264.
- 2 Überblick: Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ‚Ausländer-Einsatzes‘ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin 1985.
- 3 Isabel Heinemann, *„Rasse, Siedlung, deutsches Blut“*. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003.
- 4 Wolfgang Benz, *Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939–1945*, in: ders. (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Frankfurt a. M. 1995, S. 45–57.
- 5 Wolfgang Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951*, Göttingen 1985; Gerard Daniel Cohen, *In War’s Wake. Europe’s Displaced Persons in the Postwar Order*, Oxford 2011.
- 6 Stanislaus Stepién, *Der alteingesessene Fremde. Ehemalige Zwangsarbeiter in Westdeutschland*, Frankfurt a. M. 1989.
- 7 Katja Klee, *Im „Luftschutzbunker des Reiches“*. Evakuierte in Bayern 1939–1953. Politik, soziale Lage, Erfahrungen, München 1999, S. 177.
- 8 Zur Begriffsgeschichte: Mathias Beer, *Flüchtlinge – Ausgewiesene – Neubürger – Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet*, in: ders./Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hg.), *Migration und Integration*, Stuttgart 1997, S. 145–167.
- 9 Wichtige Gesamtdarstellungen: Mathias Beer, *Flucht und Vertreibung der Deutschen*, München 2011; Ray M. Douglas, *„Ordnungsgemäße Überführung“*. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2012; Jan M. Piskorski, *Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*, München 2013.

- 10 Hierzu siehe ausführlich mit zahlreichen Literaturbelegen: Jochen Oltmer, Migration, in: Gerd Steinwascher (Hg.), Geschichte Niedersachsens, Bd. 5: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 963–1022.
- 11 Peter Marschalck, Bevölkerung und Wanderung im Raum Niedersachsen, in: Klaus J. Bade (Hg.), Fremde im Land: Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 1997, S. 45–75.
- 12 Adolf Wennemann, Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen, in: ebd., S. 77–124, hier S. 86/87.
- 13 Elisabeth Pfeil, Die berufliche und soziale Eingliederung der Heimatvertriebenen in Niedersachsen, in: Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem, H. 3: Aufbau aus eigener Kraft, Hannover 1951, S. 7–26, hier S. 7.
- 14 Helmut R. Kollai, Die Eingliederung der Vertriebenen und Zuwanderer in Niedersachsen, Berlin 1959, S. 26.
- 15 Rainer Schulze, „Die Ansprüche kamen erst später“. Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen, in: Deutsche Studien 32 (1995), S. 259–287, hier S. 272.
- 16 Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem, H. 4: Not und Hilfe, Hannover 1954, S. 9; Wennemann, Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen, S. 110.
- 17 Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem, H. 4: Not und Hilfe, S. 13.
- 18 Ebd., S. 104/105.
- 19 Andrea Riecken, ‚Der kranke Flüchtling‘. Die gesundheitliche und psychiatrische Behandlung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Niedersachsen, in: Klaus J. Bade/Jochen Oltmer (Hg.), Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 2002, S. 101–130, hier S. 116.
- 20 Schulze, Ansprüche, S. 266.
- 21 Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem, H. 4: Not und Hilfe, S. 8.
- 22 Bernhard Parisius, „... und ahnten, dass hier die Welt zu Ende ist.“ Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen im Westen Niedersachsens, in: Bade/Oltmer (Hg.), Zuwanderung, S. 37–68, hier S. 58.
- 23 Kollai, Eingliederung, S. 93.
- 24 Paul Lüttinger, Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie 15 (1986), S. 20–36.
- 25 Stephan Scholz, Vertriebenenendenkmäler. Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft, Paderborn 2015.
- 26 Hierzu und zum Folgenden: Eva Hahn/Hans Henning Hahn, Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn 2011.